

Öffentliche Bekanntmachung des Landkreises Goslar**XXII. ALLGEMEINVERFÜGUNG****des Landkreises Goslar zur Korrektur der XX. Allgemeinverfügung.**

Gemäß § 3 Abs.1 Satz 1 Nr. 1 und Satz 3 NGöGD wird auf der Grundlage der §§ 28 Absatz 1, 28a Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) in den jeweils geltenden Fassungen i.V.m. § 2 Abs. 1 Satz 4 der Niedersächsischen Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus SARS-CoV-2 vom 30.10.2020, zuletzt geändert durch Verordnung vom 12.03.2021 (Nds. Corona-VO), folgende Allgemeinverfügung erlassen:

1. Abweichend von § 2 Abs. 1 Satz 1 Nds. Corona-VO sind im Gebiet des Landkreises Goslar Zusammenkünfte von höchstens zehn Personen zugelassen, die insgesamt höchstens drei Haushalten angehören dürfen, wobei Kinder dieser Personen bis zu einem Alter von einschließlich 14 Jahren nicht einzurechnen sind und nicht zusammenlebende Paare als ein Haushalt gelten. § 2 Abs. 1 Sätze 2, 3, 6, 7 und 8 Nds. Corona-VO gelten entsprechend.
2. Die Regelung in Ziffer 1 gilt, solange die Zahl der Neuinfektionen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner innerhalb von sieben Tagen (Inzidenzwert) im Landkreis Goslar nicht über 35 liegt. Maßgeblich ist die Bekanntgabe auf https://www.niedersachsen.de/Coronavirus/aktuelle_lage_in_niedersachsen/ . Liegt der auf der genannten Internetseite bekanntgegebene Wert über 35, gelten die Beschränkungen aus § 2 Abs. 1 Satz 1 Nds. Corona-VO.
3. Die Regelungen aus § 18a Nds. Corona-VO bleiben hiervon unberührt.
4. Die XX. Allgemeinverfügung vom 11.03.2021 tritt hiermit außer Kraft.
5. Auf die Bußgeld- und Strafvorschriften bei einer Zuwiderhandlung gegen die in den Ziffer 1 und 2 enthaltenen Anordnungen gemäß §§ 73 ff. IfSG wird hingewiesen.

Begründung:

Rechtsgrundlage für die Allgemeinverfügung sind §§ 28 Absatz 1, 28a Absatz 1 IfSG in den jeweils geltenden Fassungen i.V.m. § 2 Abs. 1 Satz 4 Nds. Corona-VO. Danach kann der Landkreis Goslar für das Kreisgebiet Zusammenkünfte von zehn Personen aus drei Haushalten zulassen, wenn die Zahl der Neuinfizierten im Verhältnis zur Bevölkerung nicht mehr als 35 Fälle je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner kumulativ in den letzten sieben Tagen beträgt.

Die aufrechtzuerhaltenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie orientieren sich an den Grundsätzen der Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit, um einen fairen Ausgleich zwischen dem Allgemeininteresse des Infektionsschutzes einerseits und dem Recht der Bürgerinnen und Bürger ihre Freiheitsrechte uneingeschränkt wahrnehmen zu können, zu befördern. Richtschnur ist dabei das IfSG, wobei das Land Niedersachsen nach wie vor keine umfassenden Schutzmaßnahmen ergreift, die nach § 28 a Abs. 3 Satz 5 IfSG bei einer Überschreitung eines Schwellenwertes von über 50 Neuinfektionen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner innerhalb von sieben Tagen wie gegenwärtig in Niedersachsen vorgesehen sind, sondern sich weiterhin darauf beschränkt, breit angelegte Schutzmaßnahmen vorzusehen, die nach Satz 6 der genannten Vorschrift bei einer Überschreitung eines Schwellenwertes von über 35 Neuinfektionen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner innerhalb von sieben Tagen zu ergreifen sind. Die Maßnahmen erfassen zwar eine Vielzahl von Lebensbereichen, schränken sie jedoch nicht umfassend ein. Beispielsweise sei genannt, dass die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung

nicht umfassend gilt, keine nächtlichen Ausgangssperren vorgesehen sind, die Sportausübung mit abgestuften Einschränkungen möglich bleibt, keine Untersagung des Alkoholkonsums in der Öffentlichkeit erfolgt ist, lediglich die Durchführung touristischer Bus-, Schiffs- und Kutschfahrten und nicht jegliche privaten Reisen untersagt wird, Beherbergungen u. a. im Rahmen von Dienst- oder Geschäftsreisen erlaubt sind, in der Gastronomie der Außer-Haus-Verkauf und der Betrieb in bestimmten Einrichtungen zulässig bleibt, nicht sämtliche Betriebe und Gewerbe geschlossen zu halten sind und auch der Betrieb von Einrichtungen der außerschulischen Bildung nicht umfänglich untersagt ist.

Es ist begründet zu hoffen, dass sich das Infektionsgeschehen mit der auf den Weg gebrachten fortschreitenden Durchimpfung der Bevölkerung beruhigen und die Zahl der schweren und tödlichen Verläufe und damit auch die Belastung des Gesundheitssystems geringer sein wird. Die zunehmende Verfügbarkeit von Schnell- und Selbsttests in großen Mengen wird das Pandemiegeschehen zusätzlich positiv beeinflussen und ihr verantwortungsbewusster Einsatz erlaubt es Kontaktbeschränkungen maßvoll zu lockern. Die weiterhin erfolgende konsequente personelle und digitale Ertüchtigung des öffentlichen Gesundheitssystems trägt ebenfalls dazu bei, das Infektionsgeschehen besser nachverfolgen zu können und die Krise zu bewältigen. So sind derzeit ca. 380 Landesbedienstete zur Unterstützung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes abgeordnet. Hinzu kommt eine Vielzahl von Angehörigen der Hilfsorganisationen die in den Landkreisen in mobilen Kontaktverfolgungsteams tätig sind sowie unterstützende Soldaten. Angesichts dessen und auch in Anbetracht der inzwischen beachtlichen Dauer des „Lockdowns“ ist es an der Zeit bei einem stabilen Infektionsgeschehen maßvolle Lockerungen in den Blick zu nehmen, um das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben sowie generell die gewohnten Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger nicht unangemessen einzuschränken.

Vor diesem Hintergrund ist es vertretbar, es den Menschen im Landkreis Goslar ermöglichen, sich mit zehn Personen aus insgesamt drei Haushalten zu treffen und so dem vergleichsweise niedrigen Infektionsgeschehen im Landkreis Rechnung zu tragen. Die Koppelung an die auf der Internetseite des Niedersächsischen Gesundheitsministeriums bekanntgegebene Zahl entspricht der Verordnungsregelung.

Die XX. Allgemeinverfügung enthielt einen Fehler im Verfügungsteil. In Ziffer 1 muss es heißen: „(...) nicht zusammenlebende Paare als ein Haushalt gelten“. Dieser Fehler wird hiermit korrigiert.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Braunschweig, Wilhelmstr. 55, 38100 Braunschweig, schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder auf elektronischem Weg über das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) dieses Gerichtes erhoben werden.

Näheres zu den Voraussetzungen des elektronischen Rechtsverkehrs und der Installation der notwendigen kostenfreien Zugangs- und Übertragungssoftware EGVP finden Sie auf der Internetseite www.justizportal.niedersachsen.de (Service).

Goslar, 16.03.2021

Gez.
Thomas Brych
Landrat